

# magazin

für beamtinnen und beamte

DGB

Ausgabe 04.2010

15.04.2010

## Politik der leeren Kassen Sozialstaat in Gefahr



# Inhalt

Titel	
Politik der leeren Kassen – Sozialstaat in Gefahr	4
Gastbeitrag	
Der SPD-Abgeordnete Bernd Scheelen zur Steuersenkungspolitik der Bundesregierung	6
Meldungen	
Bund: Übertragung des Tarifergebnisses auf dem Weg	7
Gute Noten für Verwaltungsservice	7
Feuerwehrlaute hoch im Kurs	8
Aus den Ländern	
Rheinland-Pfalz: DGB: Kaum fortschrittliche Ansätze im geplanten Landesbeamtengesetz	9
Baden-Württemberg: Beamte sollen Gewerkschaftsarbeit melden	10
Hessen: DGB: Mehr Investitionen in öffentlichen Sektor	11
Schleswig-Holstein: DGB lehnt unbezahlte Mehrarbeit ab	13
Porträt	
Steueramtsinspektor im Porträt	13
Service	
Altersteilzeit spezial, Teil II	14
Interview	
Professor Dr. Rudolf Hickel über die Krise, öffentliche Finanzen und eine „nachhaltige Finanzpolitik“	16
Aus den Gewerkschaften	
Auf die „Ressource“ Mensch kommt es an	17
Vermischtes	
Keine Kürzung der Versorgung von Teilzeitbeschäftigten mehr	18

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Bereich Öffentlicher Dienst und Beamte, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock; Redaktion: Barbara Haas, Nils Kammradt, Silke Raab, Gabriela Schill, Dr. Susanne Uhl; Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen; Titelbild: ©iStockphoto.com/laflor; Druck: VVA GmbH, Düsseldorf; Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing: INFO-SERVICE, Mannheimer Straße 80, 68804 Altlußheim, Telefon: 0180 5835226, Fax: 0180 5329226, infoservice@beamteninformationen.de, www.beamten-magazin.de; Erscheinungsweise: monatlich; Jahresbezugspreis: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr

# Editorial



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Banken- und Wirtschaftskrise hat den öffentlichen Haushalten Steuerausfälle in zweistelliger Milliardenhöhe beschert. Die Steuer-rückgänge in den Kommunen offenbaren, wie dramatisch die Entwicklung verläuft. Hier werden die Auswirkungen am ehesten fühlbar werden. Dabei ist der Investitionsstau schon heute immens. Aber die, die den Absturz der Steuereinnahmen beklagen, sind zugleich diejenigen, die ihn aufhalten könnten. Die von den Menschen in diesem Land gewählten Abgeordneten entscheiden nicht nur darüber, wie das Geld des Staates verteilt wird, wofür es ausgegeben und wo gespart wird. Sie sind es auch, die die Einnahmen des Staates gestalten. Und zum Glück erkennen immer mehr, dass Steuersenkungen zum jetzigen Zeitpunkt fehl am Platze wären. Sie würden das Aus bedeuten für etliche staatliche Aufgaben, die den gesellschaftlichen Frieden garantieren. Unternehmen und Vermögende profitieren von diesem gesellschaftlichen Frieden, von der hervorragenden öffentlichen Infrastruktur in diesem Land, der Rechtssicherheit und der Verlässlichkeit. Es hat ganz und gar nichts mit Neid zu tun, wenn erwartet wird, dass sie sich hierfür auch angemessen an den Kosten dieses Systems beteiligen. Der Bevölkerung ist längst klar, dass dies nicht die Zeiten für weitreichende Steuersenkungen sein können, mögen sie auch noch so heftig vor der Bundestagswahl angekündigt und versprochen worden sein. Politik ist nun mal die Kunst des Möglichen. Drei Ziele müsse eine nachhaltige Finanzpolitik im Auge haben, sagt Rudolf Hickel in unserem Interview auf S. 17 – Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz. Dafür müssen jetzt auch die finanzpolitischen Weichen gestellt werden. ■

Ingrid Sehrbrock, Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

# Titel



**Die Krise der öffentlichen Finanzen ist überall gegenwärtig – und das immerzu. Gefühlt fast ein ganzes Leben, tatsächlich mindestens seit den späten 1980er Jahren. Das Ausbügeln der Finanzkrise hat gekostet und kostet noch. Zuvor war der deutsch-deutsche Vereinigungsprozess teuer. Beides kostet Geld und das mit gutem Grund, auch wenn das Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit mehr als einmal mit Füßen getreten wurde.**

## **Der Staat gibt nicht nur aus – er gestaltet auch die Einnahmen**

Auf Einnahmen aus einkommensbezogenen Steuern von Privaten und Unternehmen wird regelmäßig verzichtet. Seit den 1980er Jahren sind Steuersenkungen an der Tagesordnung. Der Spitzensteuersatz auf hohe Einkommen sank von 56 Prozent in der Ära Kohl/Genscher auf 42 Prozent in der Ära Schröder/Fischer. Ausnahme ist allenfalls die so genannte Reichensteuer von zusätzlichen 3 Prozent auf wirklich reichliche Einkommen. Mit 15 Prozent ist der Körperschaftsteuersatz niedrig wie nie. Begründung: Steuersenkungen brächten Wachstum und das erhöhe die Steuereinnahmen. Der Einnahmenverzicht soll sich über Steuersenkungen quasi selbst finanzieren. Tatsächlich war das nie der Fall. Da ist es schon verwunderlich, dass sich trotz dieser erfahrungsgesättigten Empirie das steuerpolitische Credo nicht



Foto: DIGITALstock/S. Bober

gen von 10 Milliarden Euro pro Jahr – 2012 also 20 Mrd., 2013 etwa 30 Mrd. usw. Das sind in 2011 Einsparungen in Höhe der Gesamtetats des Wirtschafts- und des Familienministeriums, ab 2013 kommt der Etat des Bildungs- und Forschungsministeriums hinzu, bis 2015 wird auch noch der Gesamtetat des Ministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung dran glauben müssen. Das ist eine völlig neue Dimension des Abbaus staatlicher Aufgaben.

## Politik der leeren Kassen – Sozialstaat in Gefahr

ändert. Das belegt auch der Titel des jüngsten Gesetzes für Steuersenkungen: Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Auch dieses Gesetz wird das Wachstum und die Dynamik hin zu mehr Einnahmen nicht beschleunigen, sondern es beschleunigt die Dynamik der öffentlichen Verarmung.

### **Die Errungenschaften des Sozialstaats stehen zur Disposition**

Weil aber der Verzicht auf Steuereinnahmen aus Sicht derselben Steuersenkungsverfechter keinesfalls zu mehr öffentlicher Verschuldung führen darf, hat sich eine übergroße Koalition im Sommer letzten Jahres selbst eine starre Sparmechanik ins Grundgesetz geschrieben: die so genannte Schuldenbremse. Ab 2016 darf der Bund und ab 2020 dürfen die Länder nahezu keine Kredite zur Finanzierung ihrer Aufgaben mehr aufnehmen. Um die selbstverordnete Verfassungsregel einzuhalten, muss so viel gespart werden wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Allein für den Bund bedeutet dies – wie Bundesfinanzminister Schäuble (CDU) offen darlegt – zusätzliche Einsparun-

### **Deutschland überspannt den Bogen**

Dabei besteht weder die Not, Steuern zu senken noch ein absolutes Verschuldungsverbot durchzusetzen. Deutschland liegt im europäischen Erhebungsvergleich bei nahezu allen Steuerarten im Mittelfeld – manchmal sogar weit im unteren Bereich. Die Verfechter der Schuldenbremse suggerieren mit einigem Erfolg, dass Verschuldung grundsätzlich nicht (mehr) tragbar sei und künftige Generationen keinesfalls mit den Folgen der heutigen Verschuldung konfrontiert werden dürften. Beide Argumentationsfiguren sind weder politisch noch wissenschaftlich haltbar. Um die Finanzierbarkeit von Staatsverschuldung beurteilen zu können, ist nämlich nicht die absolute Höhe ausschlaggebend, auch wenn einem angesichts der absoluten Zahl gelegentlich schwindlig werden könnte – aber Staatsschulden sind nun mal keine privaten Schulden. Für die Beurteilung der Staatsverschuldung ist allein die Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) maßgebend. Davon hängt auch die mittel- und langfristige Finanzierbarkeit ab. Solange die Wachstumsrate der Staatsverschuldung derjenigen des Produktionspotenzials entspricht,

# Titel

→ wird weder die Schuldenquote erhöht noch werden die Ausgaben-spielräume eingeschränkt. Es kommt nicht auf das absolute Schulden-niveau an, sondern lediglich auf die Stabilisierung der Schuldenquo-te. Die restriktiven und willkürlich festgelegten EU-Maastricht-Kriteri-en lassen ein Defizit von 3 Prozent des BIP und einen Schuldenstand von 60 Prozent des BIP zu. Deutschland hingegen überspannt den Bo-gen drastisch: Künftig ist im Bund nur noch ein Defizit von 0,35 Pro-zent des BIP und ein Schuldenstand von deutlich unter 20 Prozent des BIP zulässig.

## Zweifelhafte Generationengerechtigkeit

Noch fragwürdiger ist allerdings der Verweis auf die vermeintlich finanz-politische Drangsalierung künftiger Generationen durch zu hohe Zins-belastungen. Die drastischen Sparmaßnahmen werden die Qualität von Infrastruktur, Daseinsvorsorge, Bildung, sozialer Absicherung usw. ver-schlechtern und massiv zu Lasten künftiger Generationen gehen: Le-benschancen schmälern, Bildung polarisieren, Infrastruktur zerstören.

Man denke nur an die heute schon maroden Krankenhäuser oder Stra-ßen und die unzureichende personelle und Sachausstattung von Kitas und Schulen. Ganz vergessen wird, dass Tilgungs- und Zinsleistungen von den Steuerzahlern derselben Gesellschaft aufgebracht werden, de-ren Mitglieder die Empfänger der Zahlungen als Kreditgläubiger sind.

## Widerstand muss aus den Kommunen kommen

Am Ende bleibt also nicht viel Rationales übrig, wenn man sich die der-zeitige Debatte über die Staatsfinanzen ansieht. Was kann man dage-gen tun? Ein Ansatzpunkt findet sich in den Kommunen, denn dort wer-den die Auswirkungen dieser Politik zuerst spürbar werden. Viele Investi-tionen werden unterbleiben, wenn sich die Bundesregierung durchsetzt und Kommunen und Länder keinen Widerstand leisten. Sie darin zu be-stärken, ist derzeit erste Bürgerpflicht. ■



DGB-Broschüre: „Stoppt die Schuldenbremse – sie bremst die Zukunft aus“ zum Download unter [www.dgb.de](http://www.dgb.de) (Themen ► Wirtschaft ► Downloads)

**Debeka** Krankenversicherungsverein a. G.



**Größte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet der Krankenversicherung**

**Die Debeka hat die zufriedensten Kunden**

... und das bereits seit Jahren in Folge!

**TESTSIEGER**  
Kundenmonitor® Deutschland 2009  
Kundenzufriedenheit  
Preis-Leistungs-Verhältnis  
Wiederwahlabsicht  
Weiterempfehlungsabsicht  
Branche: Private Krankenversicherungen  
Details unter [www.debeka.de/kundenmonitor](http://www.debeka.de/kundenmonitor)

**Debeka-Hauptverwaltung**  
Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18  
56058 Koblenz  
Telefon (02 61) 498 - 0  
[www.debeka.de](http://www.debeka.de)

**Debeka**

erfahren. sicher. günstig.

## „Beamten-Magazin“ und „Wissenswertes“



für nur **19,50 Euro**  
(inkl. Versand)

&



Sie interessieren sich für Änderungen und Neuregelungen im Beamten-, Besoldungs-, Beihilfe- und Versorgungsrecht bei Bund und Ländern und wollen auf dem Laufenden bleiben? Sichern Sie sich das BEAMTEN-MAGAZIN im Doppelpack mit dem Taschenbuch „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“. Zum Komplettpreis von 19,50 Euro liefern wir Ihnen ein ganzes Jahr lang bequem nach Hause

- **1 x monatlich** das BEAMTEN-MAGAZIN
- **1 x jährlich** (im Frühjahr) die aktuelle Jahresausgabe des Taschenbuches „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“.

Wir  
übernehmen  
das Porto

### Antwort

**INFO-SERVICE**  
**Öffentlicher Dienst/Beamte**  
**Mannheimer Straße 80**  
**68804 Altlußheim**

## Publikationen für den öffentlichen Dienst und Beamtinnen und Beamte

Anzahl	Bestell-Nr.	Taschenbücher & Ratgeber	Einzelpreis	Gesamt
	IS 2007	Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte	7,50	
	IS 2006	Neuordnung des Beamtenrechts	7,50	
	1 06 01	Rund ums Geld im öffentlichen Dienst	7,50	
	2 01 01	Beamtenversorgung	7,50	
	3 01 01	FrauenSache im öffentlichen Dienst	7,50	
	4 01 01	Beihilfe	7,50	
	5 01 01	Nebentätigkeitsrecht	7,50	
	7 01 01	Gesundheit von A-Z	7,50	
	8 01 01	Berufsstart im öffentlichen Dienst	7,50	
	9 01 01	Neues Tarifrecht für den öffentlichen Dienst	7,50	
Summe zzgl. 2,50 Euro Versand				

**Ja**, ich möchte ab sofort von den Vorteilen des Doppelpacks „**BEAMTEN-MAGAZIN & Wissenswertes**“ profitieren und zahle jährlich 19,50 Euro (inkl. MwSt. und Versand).

**Ja**, ich möchte das Taschenbuch „**Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte**“ auch in den Folgejahren erhalten und zahle daher den Vorzugspreis von 5,00 Euro zzgl. 2,50 Euro Versand.

**Ja**, ich möchte kostenlose Informationen zur staatlichen Förderung der Altersvorsorge und zum Altersvorsorgepaket „**Das RentenPlus**“ erhalten.

#### Absender

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ, Ort:

Tel.:

E-Mail:

#### Ich zahle bequem per Lastschriftinzug

Konto-Nr.:

Bank:

BLZ:

Unterschrift:

Ich bin Mitglied der Gewerkschaft  
 IG BAU  IG BCE  GEW  GdP  TRANSNET  ver.di  Andere .....  
 und zahle für jedes Buch den Vorzugspreis von 5,00 Euro zzgl. 2,50 Euro Versand.

Bestellungen: Tel: **0180 5835226** Fax: **0180 5329226** Web: **www.beamten-informationen.de**